

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.50, pro Woche 20 Pf., pro Postzeitung 25 Pf. 7748.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühren: Beträgt für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Beilagen- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr bis zur Expedition abgegeben werden.

Nr. 285

Dienstag, den 6. Dezember 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Zur Reichstags-Gründung.

Heute, am 6. Dezember, ist der neue Reichstag mit dem seit Jahren üblichen, meist rein militärischen Pomp im Weißen Saale des königlichen Schlosses feierlichst eröffnet worden.

Schon seit geraumer Zeit wird der Beginn der parlamentarischen Winter-session in Deutschland mit von Jahr zu Jahr steigender Spannung erwartet. Militärvorlage, Umsturzvorlage, Septemberkurs, Lecker-Litkom-Prozess, Flottengesetz gaben in den letzten Jahren nach einander den bewegten Hintergrund der politischen Bühne ab, auf welcher sich die Konflikte zwischen einer bürokratisch-kapitalistischen Regierung und den demokratischen Bestrebungen der Opposition verarbeiteten. Alljährlich bekam die Regierung zu dieser Zeit in den Statutenregister vorgehalten, und speziell die sozialdemokratischen Redner ließen dem wachsenden Regierungsabsolutismus keine seiner brutalen Regungen geschenkt sein. Es ist daher wohl begreiflich, daß es die Herren Regierungsvorleser nicht eben eilig haben mit der Einberufung des Reichstages, daß sie die parlamentarische Saison, in der sich so häufig mit allerlei Verwaltungspraktiken „regieren“ läßt, möglichst lange ausdehnen. Diesmal ist es Anfang Dezember geworden, bis sich die Regierung zum Tanz mit dem Reichstag zu stellen gerührt hat; allein diese Verzögerung hat der elektrischen Spannung keinerlei Abbruch getan, und man darf wohl auch für die bevorstehende Tagung des Reichstages dramatisch bewegte Auseinandersetzungen erwarten.

Rein staatsrechtlich betrachtet ist ja der Reichstag in einer sehr prekären Lage. Gewählt auf Grund eines nämlich demokratischen Wahlsystems giebt er ein annähernd adäquates Bild von der politischen Bedeutung der Klassen und Gruppen der Bevölkerung, welche durch die Parteien repräsentiert werden. Allein dieser immerhin — für deutsche Verhältnisse — leiblich demokratische Reichstag hat doch im Wesentlichen rein negative Befugnisse: er kann volkseindlichen Gesetzesvorlagen seine Zustimmung versagen und diese dadurch zu Fall bringen, allein für die positive Gesetzgebung ist er auf den guten Willen der Regierung angewiesen. Auch auf die Exekutive, die Anwendung und Handhabung der Gesetzgebung durch den bürokratischen Apparat, hat er direkt keinen Einfluß. Die Spitze der Regierung, die Minister sind nicht ihm, sondern nur dem Bundesrat verantwortlich, und wir haben schon seit Jahren im Reich ein antiparlamentarisches Ministerium, eine Geschäftsführung, für welche es — siehe Marjhall und Böttcher — direkt konpromittierend ist, wenn sie sich auch nur der Sympathie der Majorität der Volksvertretung erfreut. Herr v. Posadowsky fühlt und giebt sich rückhaltlos als Kampfminister, welcher einfach die Maßnahmen der Regierung dem Reichstage gegenüber zu vertreten hat und den Reichstag nur braucht, wenn er dessen Zustimmung zu einer Regierungsvorlage gerne haben möchte. So ist der deutsche Reichstag, rein staatsrechtlich betrachtet, ein politischer Nothfaktor von zweifelhafter Bedeutung und dieses Verhältnis äußert sich praktisch darin, daß er meistens auf den Platten und gemeinen Schacher angewiesen ist, wenn er etwas Praktisches erreichen will. Es ist darum wohl begreiflich, daß diejenige Partei, welche die deutsche Parlamentaristik nüchtern und illusionlos als das nimmt, was sie für eine bürgerliche Partei im Reichstag nun einmal ist, nämlich als einen ordinären Kuhhandel, daß das Zentrum „regierende Partei“ im Reichstage geworden ist, regierende Partei

in jenem beschränkt-konstitutionellen Sinne, in welchem dies im deutschen Reich überhaupt möglich ist.

Trotz dieser wesentlichen Einschränkung seiner Befugnisse ist der deutsche Reichstag doch ein sehr bedeutsamer Faktor im politischen Leben der Nation geworden. Das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht giebt ihm einen Schimmer von Popularität, wie ihn keine andere öffentliche Institution im deutschen Reich hat. Seine Entstehung und bisherige Geschichte läßt ihn als die einzige demokratische Repräsentation der Reichseinheit erscheinen, als diejenige Stelle, in welcher sich das öffentliche und politische Bewußtsein des deutschen Volkes inkarniert. Der deutsche Reichstag ist der oberste Gerichtshof in politischen Angelegenheiten, die einzige Tribüne, welche die Öffentlichkeit in Deutschland gegen den bürokratischen Absolutismus hat, das letzte Asyl der verfolgten Oppositionsbekämpfer gegen rechtshäberischen Ungehörigkeitsdünkel. Diese Macht und Bedeutung des Reichstages ist eine wesentlich moralische: er vermittelt den Appell an die Öffentlichkeit gegen die Vergeßlichkeit, er wird zum öffentlichen Gewissen, welches die Instinkte der Machthaber zuckt. In dieser Eigenschaft wird er hauptsächlich in Anspruch genommen, und lägen nicht seine Leistungen auf diesem Gebiet, — seine gesetzgeberischen Thaten hätten ihn längst um jede Popularität gebracht und das deutsche Volk stände ihm ebenso kalt und gleichgültig gegenüber, als die Bevölkerung Preußens der preussischen Landrathsversammlung.

Die nächste Session des Reichstages wird sich wiederum allerlei Gesetzesmachereien zu beschäftigen haben, deren Unentbehrlichkeit den „Staatsmännern“ in Deutschland nun einmal zur fixen Idee geworden ist. Wie ein blinder Sturmagier preist die reichspräussische Reaktion bald piano bald fortissimo immer ein und dasselbe Lied: mehr Soldaten, mehr Volkrechte; Erhöhung des Militärretats, Einschränkung der kümmerlichen Rechte und Freiheiten; Umpöppelung der Unmasse auf Kosten des Volkswohlstandes, Unterdrückung der „Umsturz“bestrebungen. Militär- und Marinevorlagen wechseln im deutschen Reich angenehm ab mit Umsturz- und Zuchthausgesetzen. Höchstens daß einmal ein neuer steuerfiskalischer Krugzug oder ein agrarischer Deutzug diese preussisch-uniforme Regerei mit Säbel und Polizei unterbricht. Die gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstages ist von Jahr zu Jahr mehr eine defensiva, eine abwehrende geworden; es gilt immer, „Schimmer zu verhüten“ und selbst in dieser konstitutionell-bescheidenen Thätigkeit muß er stets Va banque spielen, droht ihm die Regierungspresse immer wieder mit dem Gespenst seiner Auflösung, ja sogar seiner Abschaffung, letzteres oft genug mit der unvergüllten Anrufung der „rettenden That“, des Staatsstreiches. Unter diesem Druck macht er Gesetze, oder besser: er wehrt sich gegen gesetzgeberische Zumuthungen; unverblümt wird ihm angekündigt, daß er seine Existenz auf's Spiel setze, daß er das bestehende Reichstagswahlrecht riskire, wenn er in dieser oder jener Frage nicht willig sei. Es gehörte etwas mehr Heroismus, als ihn die bürgerliche Klasse in Deutschland bislang bewiesen hat, dazu, diesen Prestitionen die Spitze zu bieten. Bei Militärvorlagen war bisher in Deutschland der Appell an die Wähler, an die heillosen Angstmeierei des deutschen Philisters beliebt; auch bei der „Umsturzvorlage“ sprach man seiner Zeit von ähnlichen Experimenten; für das heißersehnte Zuchthausgesetz haben sich gleichfalls schon offiziöse Bestimmungen vorgezeichnet lassen, welche dem Reichstag mit Strangulierung drohen, falls er sich nicht gefügig erweise. Wir werden ab-

warten, ob und an welchem Punkte der bisher latente Konflikt zwischen Reichstag und Regierung sich zum offenen Bruch entzündet, aber darin stimmen wir durchaus mit Volkmar überein, der bei dem ersten Auftauchen der Marineprojekte den Reichstag zum äußersten Widerstand aurief mit der Motivierung: „Einmal muß ja der Konflikt doch ausgefochten werden“...

Ob die bevorstehende Session des Reichstages bereits bedeutsamere Zusammenstöße bringen wird, hängt in erster Linie von der größeren oder geringeren Kampflust der Regierung ab. Militärvorlage und Zollpolitik sind nach den bisherigen Erfahrungen als Kampfgebiete für den Reichstag wenig geeignet und versprechen auch kaum einen ersten Erfolg. In diesen Fragen ist die Stimmung des Reichstages eine konstitutionell-resignierte geworden. Günstiger wären die Chancen liegen, wenn der Reichstag sich das Zuchthausgesetz als Terrain für den Entscheidungskampf mit der Regierung erwählen wolle. Allein es ist kaum zu erwarten, daß der Muth in der Brust der Posadowsky-Stamm seine Spannkraft so weit kien wird.

Zu den Ausweisungen.

Aus dem Kreise Hadersleben wurden wiederum fünfzehn Personen ausgewiesen, darunter ein schwebischer Unterthan. Im Ganzen wurden ungefähr dreißig Personen im Laufe der vorigen Woche aus dem genannten Kreise des Landes verwiesen.

Den Ausweisungsmassregeln in Nordschleswig scheinen jetzt Versezungen „im Interesse des Dienstes“ folgen zu sollen. Zwei seit langen Jahren in Nordschleswig angestellte Lehrer, Johannsen in Schnagel und Schmidt in Banlaud, haben nach der „Kön. Volkzeitg.“ gleichzeitig Bedre erhalten, ihre bisherige Wirkungsstätte zu verlassen und eine Ersatzstelle in einer andern Gegend mit deutschredender Bevölkerung zu übernehmen. Die Versezung ist zweifellos aus politischen Gründen erfolgt, da beide Lehrer für dänisch gesinnt gehalten werden.

Zum zweiten Male ausgewiesen worden ist der frühere Schauspieler am königlichen Theater zu Kopenhagen, Peter Gramann, welcher vor einigen Jahren zusammen mit der Jangenberg-Tournee aus Nordschleswig ausgewiesen wurde, diesmal wurde er nach der „Kieler Zitg.“ aus Berlin ausgewiesen, wo er sich aufhielt, um Ganganjuiterrecht zu erhalten. Gramann begab sich nach Dresden und sucht von dort aus die Aufhebung der Ausweisungsbefehle zu erwirken.

Danktelegramme an den Vizepräsidenten v. Köller wegen der Ausweisungen aus Nordschleswig haben nun gar schon die Generalversammlung der Kreditbank Scherrstedt und der deutsche Verein für das nördliche Schleswig in seiner Generalversammlung in Apenrade gefunden.

Zu den Ausweisungen im Kreise Köllers schreibt man der „Frankf. Ztg.“: „Die Ausweisungen des Herrn v. Köller schaffen Verwirrung und Störung der Handelsbeziehungen nicht nur mit Dänemark, sondern wohlfeinlich darüber hinaus mit Schweden und Norwegen, und die Ausweisungen aus Schlessien sind in Wien zu einer Interpellation benützt worden, die von einer unfreundlichen Abtöt gegen das verbündete deutsche Reich eingegeben war und deren Verantwortung zu zugespitzten Betrachtungen in der Presse geführt hat, wie sie bisher seit dem Bündnisvertrage noch nie stattgefunden haben.“

Und das alles auf die Maßregeln einzelner Ober-

Beim Kommiß

Zwei Jahre Volks-Erziehung

von Eugen Hoffmann.

Die eine Seite war von einer Gaslaterne beleuchtet. Üben stand ein Posten, und drüben stand ein Posten. Und man denkt sich: der Kerl, den der Eine hatte laufen sehen, war der Schatten des Anderen gewesen. Wie der Schatten an der hellen Wand entlang kommt, schreit der hüben „Halt!“ Das hört der drüben und fängt an zu laufen, um seinem Kameraden zu Hilfe zu kommen. Nun läuft der hüben auch. Auf die Weise hatten sie alle Beide einen laufen gesehen und gehört. Es war großartig, als wir auf den Trichter kamen. Die Wisagen von den Kerls, als sie merkten, daß sie ihren eigenen Schatten für einen entsprungenen Sträfling gehalten hatten — nicht mit Geld zu bezahlen!“

Als der Dienst genugsam traktiert war, kamen die Liebesgeschichten an die Reihe. Unterdessen war das zweite Füschen angesteckt worden. Die Offenherzigkeit nahm überhand. Der Eine priest mit naiver Unverschämtheit die Reize seiner Liebsten, der Andere gab schonungslos alle Schwächen der Seinigen preis. Ueber diese und jene Einzelheit entstand Streit. Es wurde immer lauter und die Köpfe glühten.

„Wißt Du meine Karline haben?“ schrie der Unteroffizier Schmerl seinem Kameraden Muster zu. „Ich trete die Dir ab. Weißt Gott, ich bin sie müde. Du knast sie freigen.“

„Ree“, grinst Muster. „Ich danke schön. Die kennst Du, die bezahlt nicht, noch nicht einmal das Langgeld. Ich bin mehr für Verhältnisse mit Portemonnaie.“

Möglichst flog ein Bierfilz über den Tisch, dem Sergeanten flog mitten ins Gesicht. Das war das Signal zu einer

wahren Schlacht. Die Filze fausten wie Geschosse durch die Luft. Es standen vier Lampen auf dem Tisch, aus den Rabinetten der Unteroffiziere zusammengeholt. Eine wurde getroffen, der Cylinder zerbrach.

„Wenn der Cylinder hin ist, kann die Glocke auch mitgehen.“

Ein Faustschlag zertrümmerte die Glocke, daß die Splitter weit umherflogen.

Die Zerhörungswuth war einfach. Mit allen möglichen Werkzeugen schlug man auf die Lampen ein, bis nicht eine einzige mehr heil war. Und in dem allgemeinen Gallo beachtete Niemand die Wunden, die man sich an den Splintern und Scherben zuzog. Als Alles kurz und klein war, stieg ein jurchtbares Siegesgeheul zur Decke empor.

Adolf hatte still zugehört und sich gewundert. Und immer wieder schwirrte es ihm durch den Kopf: „Ein Kaufmann ohne Geld — was soll der heutzutage anfangen? — Aber zum Donnerwetter, deshalb braucht er doch nicht gerade beim Kommiß zu bleiben!“

XVI.

Zwischen dem Hauptmann und dem Feldwebel war eine Art Waffenstillstand eingetreten. Es kam Adolf so vor, als ob es den Alten doch reute, bis zum Äußersten gegangen zu sein. Jedenfalls legte er jetzt in seine Worte, wenn er mit dem Feldwebel sprach, ein gewisses Maß von Vertraulichkeit. Aber er fand bei dem Schwergelächten keine Gegenliebe. Der blieb immer steif, förmlich, dienstlich.

Der Oberst hatte die Kompagnieen eines Tages in der sechsten Garnitur antreten lassen. Nachher kam der Hauptmann mit dem Spieß auf das Bureau. Man merkte es dem Alten an, daß er etwas auf dem Herzen hatte. Er lief unruhig in der engen Stube hin und her und achtete nicht darauf, daß sein nachschleppender Säbel an alle Möbel anschlag, einen

Heidenlärm verursachte und für Adolf und den Feldwebel eine sichte Gefahr war.

Plötzlich blieb er stehen. Man hörte es an seiner Stimme, daß er sich zur Ruhe zwang.

„Feldwebel!“

„Herr Hauptmann?“

„Sagen Sie mal, wie hängt das zusammen: Die sechsten Anzüge der vierten Kompagnie waren ja einfach pfeifen und unsere Leute sahen aus wie die Lumpensammler, so schäbig und zusammengeklüfft? Wie ist so ein Absland möglich?“

Ueber das Gesicht des Feldwebels lief ein flüchtiges, schwaches Lächeln, machte aber sofort wieder dem tiefsten, dienstlichen Ernste Platz.

„Das ist sehr einfach, Herr Hauptmann. Die vierte Kompagnie hat alle Dekonomiehandwerker auf ihrem Stat. Die Röcke werden nie gebraucht und sind natürlich tadellos. Wenn nun der sechste Anzug befohlen wird, wird alles in die guten Röcke der Dekonomiehandwerker gesteckt. So weit es reicht. Und die gut gekleideten Leute werden geschickt vertheilt. Daher stammt der schöne Einbruch.“

„So!“ knurrte der Hauptmann und nahm seine randsitzende Bromerade wieder auf. Dann machte er abermals Halt, blickte den Feldwebel und Adolf umschichtig mit rollenden Augen an und sagte mit grimmigem Behagen: „Donn ist es egal. Bei mir wird nicht gemogelt, und wenn ich meinen Abschied kriegt. Dann laufe ich eben meinen Sack wo anders.“

Er konnte nie der Versuchung widerstehen, einen Biß herauszubringen, den er einmal auf der Zunge hatte, und wenn er noch so blutig war.

Ärtere Leute waren geschlechtlich erkrankt. Der Alte war wüthend darüber.

(Fortsetzung folgt.)

hier zu Lande absolut nicht zu denken. In dem liberalen Partei der Sozialdemokratie dieses Zugeständnis macht, verleugnet sie im Grunde genommen ihre ganze Vergangenheit, und ebnet den ärgsten Feinden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Weg zum Umsturz des Bestehenden.

Dann heißt es: „Dass die belgische Sozialdemokratie das angebotene Wahlbündnis annehmen wird, daran zweifelt Niemand, und sie wäre wirklich thöricht, wenn sie es nicht thäte. Denn abgesehen von dem wichtigen Zugeständnis des allgemeinen Stimmrechts, welches sie durch die eigene Kraft doch nicht erreichen könnte, würde ihr das Wahlbündnis mit den Liberalen und den Radikalen eine weitere Verrechnung ihrer gegenwärtigen Kammermandate verschaffen. Sollte das Wahlbündnis zum Siege führen, dann befände die Sozialdemokratie in der Regierungspartei eine entscheidende Stimme. Man macht ihr alle Zugeständnisse. Sie selbst aber macht keines. Weshalb sollte sie also das angebotene Wahlbündnis von sich weisen? Für die herrschende ultramontane Partei wird die Lage aber durch die sich vollziehenden Ereignisse recht bedenklich. Denn es ist sehr die Frage, ob sie die Kraft besitzt, dem Anstrome aller drei feindlichen Fraktionen, die sich bisher untereinander bekämpften, zu widerstehen.“

Die „Liberale“, das Organ derjenigen Fraktion der Liberalen Partei, welche beinahe schon als konservativ zu betrachten ist, erklärt unumwunden, dass die Liberalen im Jahre 1900 selbst ohne Wahlbündnis direkt für alle sozialistischen Kandidaten stimmen würden, falls bis dahin die gegenwärtige ungerechte Wahlgesetzgebung nicht abgeändert worden ist.

Die Karolinen-Inseln.

Mit dem Anlauf der Karolinen-Inseln durch Deutschland beginnen die Amerikaner bereits ernsthaft zu rechnen. Nach einer „Times“-Mitteilung aus Philadelphia glaubt man in Beamtenkreisen in Washington, dass die Amerikaner über den Anlauf der Karolinen mit Spanien verhandeln. Vor Eintritt in die Verhandlungen fragte Deutschland, was die Politik der Union im Osten sei, und erklärte, es würde versuchen, die Karolinen zu kaufen, falls dies nicht den amerikanischen Interessen zuwiderlaufe. Die Union wendet nichts dagegen ein, würde jedoch gern Ulan als Kadel- und Kohlenstation kaufen.

Ueber die Panamanal-Gesellschaft.

Nach langer Pause wieder einmal eine Kunde in die Öffentlichkeit. Der Staatssekretär des Auswärtigen der Vereinigten Staaten, Hay, erhielt vom Konsul der Vereinigten Staaten in Bogota die Nachricht, das Repräsentantenhaus der Republik Kolumbien habe den Antrag der Panamanal-Gesellschaft, die Frist zur Vollendung des Kanals um sechs Jahre zu verlängern, abgelehnt. Danach hat die Gesellschaft noch sechs Jahre zur Fortführung ihres Werkes vor sich. Nach einer Meldung der „Times“ aus Philadelphia erhielt sich der Generaldirektor des Panamanals Notin im Laufe einer Unterredung mit dem Staatssekretär Hay den Kanal an die Unionsstaaten für 130 Millionen Dollars zu verkaufen. Werde das Anerbieten abgelehnt, so werde der Kanal vollendet und fremden Kriegsschiffen geöffnet werden und in Wettbewerb mit dem Nicaraguakanal treten. Dies wurde dem Präsidenten mitgeteilt, der Notin eine sehr kurze Audienz gewährte, es aber ablehnte, dessen Anerbieten der der damit verknüpften Drohung Gehör zu schenken. — Bei der Finanzklemme der Gesellschaft wird sich die Drohung schwer ausführen lassen.

Parlamentarisches.

Wie verlautet, werden im Reichstage die Konserativen als ersten Vizepräsidenten den Abgeordneten Dr. von Rege, die Nationalliberalen als zweiten Vizepräsidenten den Abgeordneten Wasser mann ausstellen. Die agrarische Interpellation, betreffend die Fleischschlacht, Ausführung des Börsengesetzes etc., hat bis jetzt 72 Unterschriften erhalten und soll schon am 9. Dezember im Reichstage gebracht werden.

Partei-Angelegenheiten.

Vor zwanzig Jahren. Gegen Ende November 1873 brachten vier Blätter die Mitteilung, daß im Bundesrath von Seiten Preussens der Antrag eingbracht worden sei, über Berlin und seine Umgebung auf Grund des § 28 des am 21. Oktober in Kraft getretenen Sozialistengesetzes den „kleinen Belagerungsstand“ zu erlangen. Diese Nachricht erregte ungeheures Aufsehen und die Berliner Presse der Reichshauptstadt brachte Artikel, in denen behauptet wurde, daß auch nicht eine der Voraussetzungen zutrefte, unter denen nach den klaren Bestimmungen des Gesetzes und den klaren Erklärungen der Regierung im Reichstage von dieser die Maßregel Gebrauch gemacht werden dürfe. Allgemein neigte man der Ansicht zu, die Mitteilung sei unbegründet.

Da pöblich, am Abende des 23. November, brachte der „Reichsboten“ die Proklamirung des „kleinen Belagerungsstandes“, woran am nächsten Tage wurde 67 der bekanntesten Sozialdemokraten Berlins die Ausweisungsbefehle zugestellt!

Damals löbte diese Maßregel eine geradezu niederschmetternde Wirkung aus. Selbst die konservativen Blätter Berlins fanden keine Worte, die sie zu rechtfertigen.

Sämtliche Ausgewiesene, mit einer einzigen Ausnahme, Familienväter. Nur wenigen der Ausgewiesenen war dreitägige Frist gesetzt, die meisten mußten innerhalb 48 Stunden einige sogar innerhalb 24 Stunden die Stadt verlassen. Die Ausgewiesenen wurden von der Polizei in schwarzer Weise abgeführt.

Die Roth, das Elend unter den Ausgewiesenen und ihren Angehörigen war natürlich sehr groß, da es der Partei an Mitteln zur Unterstützung gebrach.

Als Antwort auf die Maßregel wurde von den Ausgewiesenen ein Flugblatt veröffentlicht, in welchem dieselben sich verwarfen, die infame Inquisition, daß ihr Ziel die Gewalthat sei, die Arbeiter Berlins ermahnten, sich nicht provozieren zu lassen, sondern, ruhig zu bleiben und ihrer guten Sache zu verharren.

Keiner von uns — so hieß es am Schlusse der Kundgebung — vermag seinen Angehörigen mehr als den Unterhalt der nächsten Tage zuzusichern. Genossen, gedenket unserer Weiber und Kinder!

Natürlich wurde dieses Flugblatt konfisziert und verboten. Von den Ausgewiesenen ging ein erheblicher Theil nach Hamburg, andere nach Leipzig und den in der Nähe Berlins gelegenen Städten. Der „Belagerungsstand“ wurde in der Folgezeit über Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M. und Umgebung sowie Stettin und Braunschweig verhängt. Während der zwölfsährigen Dauer des Schandgesetzes erfolgte in Summa 892 Ausweisungen.

Arbeiterbewegung.

Eine Massenversammlung der Berliner Arbeitervereine beschloß, als Grundlage des bevorstehenden Wählerrechts folgende Forderungen aufzustellen: 1. Abschaffung von Roth und Bogis im Hause des Meisters, wofür pro Mann und Woche 12 Mk. als Entlohnung zu zahlen sind. 2. Die Festsetzung eines Mindestlohnes mit 50 Pf. bezahlt werden sollen. 3. Strenge Durchführung der Bestimmungen über den Maximalarbeitstag mit einer Stunde Mittagspause. 4. Regelung des Arbeitsnachweises auf unparteiischer Grundlage. 5. Freigabe der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertage zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Die Befehlensausföhrer der an Orten bestehenden Innungen wurden beauftragt, ihren Innungsvorständen die Forderungen der Gesellen zu unterbreiten und gleichzeitig ermächtigt, eventuell über deren Durchführung im Einvernehmen mit den Meistern in Unterhandlungen zu treten. Sollte die Meisterschaft die Forderungen ablehnen, wird Seitens der Gesellen ein allgemeiner Wäherausstand in Berlin und dessen Vororten in Scene gesetzt.

Die städtischen Laternen-Anwähler in Berlin sind mit ihrer Petition um Erhöhung des Lohnes und Einführung regelmäßiger Ruhepause abgewiesen worden. Nur die älteren Laternen-Anwähler sollen im nächsten Jahre mit Zulagen bedacht werden. Die Petenten wollen sich mit dieser Bescheide nicht zufrieden geben.

Aus aller Welt.

Eine Liebestragödie, durch die ein blutiges Paar zu Grunde gegangen ist, hat sich Sonntag Vormittag im äußersten Norden von Berlin abgespielt. Der Ob- und Bewohndändler Wilhelm Prehn in der Triftstraße 47a nahm vor Jahren den Sohn seiner Stiefschwester, Gustav Sohn, in Pflege und Erziehung. Der Junge machte seinen Pflegeltern viel Freude. Jetzt war er 17 1/2 Jahre alt und bei dem Rechtsanwalt Caspel am Spittelmarkt als Schreiber beschäftigt. Seit ungefähr einem Jahre diente bei dem Magistralsekretär Schröder in der Triftstraße 47 ein 18jähriges Mädchen Bertha Käßles aus Straußberg, die Tochter geschätzter Eltern. Bertha Käßles ließ sich mit Gustav Sohn in ein Verhältniß ein, das für Beide verhängnißvoll werden sollte. Die jungen Leute trafen sich abends bis in die Nacht hinein umher, alle Ermahnungen blieben erfolglos. Die Käßles wurde vor fünf Wochen von ihrem Vater nach Straußberg zurückgeholt. Das Mädchen wußte aber auch so in Verbindung zu bleiben. Sohn kaufte sich ein Rad und fuhr häufig zu seiner Geliebten nach Straußberg. Vor vierzehn Tagen willigten die Eltern endlich ein, daß die Bertha K. wieder nach Berlin zurückkehren dürfte. Bald mußten sie erfahren, daß ihre Tochter die alten Beziehungen wieder aufgenommen hatte. Sie wollten sie daher am Freitag Morgen nach Straußberg wieder abholen. Nun beschloffen die Eltern, gemeinschaftlich in den Tod zu gehen. Am Sonntag früh um 1 Uhr sahen Leute im Hause Triftstraße 47a auf der Treppe des Vorderhauses Licht, das sich nach dem Boden zu bewegte. Sie stürmten sich nicht weiter darauf. Um 10 Uhr wollten eine Wäschefrau und das Dienstmädchen des Hauswirthes auf den Boden gehen, um Wäsche aufzuhängen. Als sie eben im Begriffe waren, den Boden zu betreten, hörten sie auf diesem einen Schuß fallen, dann krachte noch ein Schuß. Die beiden Frauen holten den Wirth und andere Leute aus dem Hause. Man fand nun Sohn und seine Geliebte blutüberströmt neben einander auf dem Boden liegen. Sohn hatte seiner Geliebten eine Revolverkugel in die Lunge und sich selbst eine in die rechte Schläfe gejagt. Er war sofort todt, das Mädchen dagegen lebte noch. Ein Arzt ließ die Bewußtlose in das benachbarte Paul Verhardt's Institut bringen. Hier lag sie Sonntag Abend noch beunruhigt dar. Beide hatten an ihre Eltern geschrieben, daß sie vereint in den Tod gehen wollten.

Von seinem eigenen Vater erschossen wurde ein junger Mann, der Sonntag Nachmittag auf dem neuen Friedhof der Judisch-afostelgemeinde zu Schöneberg zu Grabe getragen wurde. Es war dies der 22jährige Mechaniker Arthur Niemann, der an den Folgen der Verletzungen verstarb, die ihm sein Vater, der dem Trunke ergebenere Maurer aus Schöneberg, bei einem häuslichen Streit beigebracht hatte. Der unnatürliche Vater befindet sich in Haft.

Wegen Ermordung seiner Braut befindet sich der Tischler Richard Kühn in militärischer Untersuchungshaft. Kühn desertirte vom 24. Infanterie-Regiment, ging nach Kärnten, erstickt hier seine 16 Jahre alte Braut und versuchte dann, sich selbst zu entleiben.

Köln. Vier Kinder verbrannt. Bei dem Brande eines Hofes im Dorfe Labbed (Kreis Wids) verbrannten am Sonntag vier Kinder. Der Brand war dadurch entstanden, daß diese Kinder mit Feuer gespielt hatten.

Brandanschlag. Der Finanzbeamte Wittig hat sich, nach einer Meldung des „Berl. Tgl.“, durch einen Revolveranschlag in der herzoglichen Kammer getödtet.

Entsetzliches Brandunglück. In dem zwei Stunden von Sonneberg entfernten Eschenfeld brannte in der Nacht zum Sonntag das Krautwirthshaus Nr. 11 nieder. Sieben Personen im Alter von 8 bis 27 Jahren, Angehörige und Verwandte des Eigenthümers, sind verbrannt. Nur die Frau desselben und drei Kinder wurden gerettet.

Ein bedeutender Krawall hat Sonntag Abend in Neumünster stattgefunden. Die Lokale „Reichshallen“ und „Donnerhallen“ wurden stark demolirt, und der Inhaber der „Reichshallen“ verwundet. Es wurde Militär requirirt, das von der Waffe gegenüber den Ruhestörern Gebrauch machte. Zahlreiche Menschen wurden verundet.

Eine furchtbare Katastrophe hat in Wina stattgefunden. In der großen Strumpfmachereifabrik von Bloch, welche 250 Arbeiterinnen beschäftigt, entstand ein Feuer und griff so schnell um sich, daß die im zweiten Stock befindlichen Arbeiterinnen, da die Treppen in Flammen standen, aus den Fenstern sprangen mußten. Fünfzehn Arbeiterinnen blieben auf der Stelle todt, fünfzig wurden schwer verletzt.

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 6. Dezember 1893.

Genossen! Arbeiter! Wirkt dafür, daß endlich Arbeitervertreter in das Breslauer Stadtparlament einziehen! Niemand fehle am Mittwoch Abend bei der Agitation im 22. Bezirk. Treffpunkt Punkt 6 Uhr Abends bei Friedrich Wilhelmstraße 41c. Das Wahlkomitee.

Die Löhne der Bergarbeiter. In einer „ziemlich starken Steigerung“ sollen nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Statistik die Löhne der Bergarbeiter begriffen sein. Es werden dafür folgende Zahlen angeführt:

Im Steinbrückerbergbau betrug der Durchschnittslohn des Arbeiters für eine Schicht im Ober-Schichten 2,78 Mark gegen 2,69 im 2. Vierteljahr 1893 und 2,58 im Jahresmittel 1897, im Nieder-Schichten 2,71 gegen 2,62 und 2,59, im Oberbergamt-Bergbau Dortmund 3,78 Mark gegen 3,69 und 3,57, bei Saarbrücken 3,38 gegen 3,36 und 3,34 und bei Aachen 3,27 gegen 3,27 und 3,12. Der gesammte verdienten reine Arbeitslohn (nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Raupschafst-, Invaliditäts- und Altersversicherungsbeträgen) belief sich im 3. Quartal im Ober-Schichten auf 208 (im 2. Quartal 192) Mark, in Nieder-Schichten auf 213 (193), Dortmund-Bezirk 310 (281), Saarbrücken 261 (241) und Aachen 263 (243) Mark. Beim Braunkohlenbergbau im O-S-Bergbau betrug der Schichtlohn 2,79 Mark gegen 2,71 im 2. Quartal d. J.

und 2,84 im Jahre 1897, und der Gesamtlohn 218 gegen 200 Mk. im vorigen Vierteljahr. Bezüglich der Lohnsteigerungen finden sich beim Erbergbau. Die Zunahme des Lohnes gegen die vorliegende Vierteljahr schwankt hier in den einzelnen Bezirken zwischen 12 und 20 Mark.

Die aus diesen Zahlen ersichtliche geringe Steigerung des Schichtlohnes beweist am besten, was es mit dieser „ziemlich starken Steigerung“ der Löhne auf sich hat. Die Vergleiche haben mehr Sichten verfahren; darin hauptsächlich liegt das Geheimniß der Löhnerhöhung. So betrug zum Beispiel die Steigerung in Ober-Schichten im 2. Quartal pro Schicht 7 Pf. Das macht bei 79 Schichten 5,53 Mk. im Quartal. Die Gesamtsteigerung des Lohnes aber belief sich nach obiger Angabe auf 26 Mark. Darnach entfallen also vier Fünftel von dieser Steigerung auf die Schichten. Im Saarbrücker und Aachener Revier hat keine selbst auch noch so geringe Erhöhung des Schichtlohnes stattgefunden. Die „Löhnerhöhung“, die hier eingetreten, ist also ausschließlich auf die Schichten zurückzuführen. Nun kann es aber wohl als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß die Vergleiche für die höchste Arbeitsleistung auch einen entsprechend höheren Lohn erhielten. Wer Angesichts dieser Thatsachen noch von einer „Löhnerhöhung“, und obendrein noch von einer „ziemlich starken“ sprechen kann, der trägt bei seiner Schönfärberei die Farben etwas gar zu stark auf.

Städtischer Arbeitsnachweis. Frequenz in der Woche vom 27. November bis 3. Dezember 1893. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 162. Zu besetzende Stellen: 91. Besetzte Stellen: 78. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte: 59. Zu besetzende Stellen: 55. Besetzte Stellen: 52.

Städtisches Spital. Am Anfang des Monats November war ein Bestand von 12524 Pfändern und 229491 Mk. Pfandkapital vorhanden, während am Monatsende ein Bestand von 12727 Pfändern und 233013 Mk. Pfandkapital vorliegt. Seit dem 15. Februar hat ein Zugang von 5091 Stücken mit 57787 Mk. stattgefunden. Das nach Reorganisation des Stadtkommissars für das neue abgesetzte Reglement ist von den städtischen Behörden und dem Kgl. Regierungspräsidenten als Vertreter der städtischen Ausschüsse genehmigt worden und mit dem 1. Oktober in Kraft getreten.

Starkes Schummeln. Die neue Partonim „Die Kasernen in Klaustrau“ bewährt dauernd ihre Anziehungskraft. Anlässlich der ersten sich volle Häuser an den reizenden Bildern. Die Direktion ist unausgesetzt bemüht, das Programm abzuwickeln und zu gestalten. So stehen seit gestern die neuesten und untergleich ich in Dresden. Das des Herrn Direktors Schumann auf dem Programm. Großartig wirkt das von 26 Freiheitskämpfern erfüllte Monstre-Carroussel. Die eigenartige Dressur ist die des Reitpferdes „Good-night“, diese Nummer ist vor Nachahmung geschützt.

Eine Explosion fand gestern Abend in der eigenen Actylen-Gasbereitungs-Anstalt der Fabrikfabrik Nord a. Co. auf der Gartenstraße statt. Herr Nord und sein Verwalter wurden durch Brandwunden an Gesicht und Händen erheblich verletzt.

Seidnord. Der auf der Robertstraße wohnende Gesenbadarbeiter Theodor M. hat sich am 3. d. Mts auf dem Dresdener Bahnhofs in einem Dortsch ertränkt.

Zusammenstoß. Vorgestern Abend soll die eine von der Neuen Sandstraße kommende, in der Richtung nach dem Eisenbahnplatz fahrende Motorwagen der elektrischen Straßenbahn gegen einen auf dem Eisenbahnplatz zur Abfahrt nach der Matthiasstraße zu bereitstehenden Motorwagen mit Anhängerwagen. Infolge des Zusammenstoßes zog sich eine in einem der Wagen sitzende Arbeiterfrau eine Verstauchung des rechten Kniegelenks und eine starke Erschütterung des Körpers zu, so daß sie nach dem Wagen verlassen hätte, um sich nach ihrer Wohnung zu begeben, nach einer kurzen Strecke auf der Matthiasstraße zusammenbrach und wurde in Anspruch nehmen mußte.

Leichenfund. Am 2. d. Vormittags fiel es den Bewohnern des Hauses Einhornstraße 8 auf, daß eine daselbst wohnende weibliche Person ihre Wohnung nicht verließ. Man sah durchs Schloß und gewahrte, daß die Frau in der Wohnung lag und daß der Kopf aus dem Bette hing. Als die Thür geöffnet worden war, erklärte ein inzwischen herbeigerufener Arzt, daß der Tod in Folge Herzschlags eingetreten sei.

Ein eigenartiger Unfall widerfuhr am 2. d. Mts. Abends auf der Taschenstraße einem Lehrling, der mit einer Flasche Benzin in der Hand gerade den Fahrdamm der Straße überschritt. Sie wurde dabei von einem Radler umgerannt, so daß sie hinfiel und die Benzinflasche in den Boden zerfiel. So ausfließende Benzin entzündete sich an der Lampe des Radlers, setzte die Kleider des Lehrlings in Flammen und brachte ihm erhebliche Brandverletzungen bei.

Warnung vor einer Retträgerin. Am 2. d. Mts. Nachmittags lockte auf der Brandenburgerstraße eine weibliche Person die acht Jahre alte Tochter eines Arbeiters in ein Haus und schwindelte dort dem Mädchen 50 Pf ab. Die Diebin war mit weißpunktierten Kleid, schwarzem Jacket und schwarzem Hut bekleidet.

Alarmirungen der Feuerwehre. Sonntag Nachmittag 4 Uhr 24 Minuten brachten im 2. Stock des Hauses Leffingstraße 10 in einem Entree einige Kleidungsstücke und die Thür. Das Feuer, dessen Entstehungsart nicht ermittelt werden konnte, war bei Anbruch der Feuerwehre bereits gelöscht. — Nachmittags 5 Uhr 17 Minuten wurde die Feuerwehre nach dem Hause Zimmerstraße 12 gerufen, wo ein kleiner Theil eines Balcons auch auf unermittelte gebliebene Weise in Brand gerathen war. Nach Freilegen der Brandstätte wurde dieselbe mit der kleinen Handspitze abgelöscht.

Erschoßen wurde: ein Arbeiter aus Böhmen in einer Restauration auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein Selbstmord von 20 Mk., einen Dienstmädchen ein rother, gestreifter Unterrock, ein Paar Unterhosen, ein Paar schwarze Strümpfe und ein Paar Winterhandschuhe, einer Milchbäckerin aus einem Keller eine Menge Kartoffeln und Aepfel, einem Glendreher ein brauner Winterüberzieher mit Sammettragen und carirtem Futter und mittlere Einbrüche, einem Restaurateur von der Schießwärdersstraße zwei halbe Speckhälften.

Vermißt. Die neun Jahre alte Elie Rozansky ist aus dem Hause Gräbnerstraße 114 seit dem 2. d. Mts verschwunden. Das vermißte Mädchen war mit grauem Kleide, braunem Krimmerjacket, rother Mütze, rothbraunen Strümpfen und Knöpfchen bekleidet.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 3 und 4. d. Mts. 95 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Portemonnaie mit Inhalt, eine goldene Damen-uhre mit kurzer Kette und Verloques, ein silberner Kamm, ein Goldring, ein leeres Bierfaß und eine Pischebede. — Verloren wurden: ein Leinwandbeutel mit 30 Mk., ein goldenes Kettenarmband, ein aus Kopelen bestehendes Armband, ein goldener Schlangenschmuck, ein egyptische Damenuhr, gezeichnet mit den Buchstaben M. S., ein Panzer: ein goldener Fingerring, eine goldene Brosche mit drei blauen Strahlen, eine goldene Damenuhr, ein goldener Armband mit Gravuren, ein goldener Ring mit einem viereckigen braunem Stein, ein goldener Kranz, eine Brille in goldener Fassung, eine Zigaretten- tasche mit Papieren, die auf den Namen Juske lauten, zwei Markenbücher einer Versicherungsgesellschaft, fünf neue Bärten, ein Tischläufer und zwei neue Stride.

Steinigt den 3. Dezember. Ein „Musterbeamter“ ist der frühere Polizeiergent Karl Koller, früher in Jabore, 3. J. im Gerichtsgefängniß in Deuten. Derselbe steht wegen seiner anherberordentlichen „Schuldigkeit“ in Jabore in bester Erinnerung. Er ist wegen Körperverletzung wiederholt verurtheilt, gegenwärtig verhaftet er wegen eines gleichen Delictes in Moritz Gefängniß. Erst vor

